

**Bericht über die öffentliche Sitzung des Verbandsgemeinderates am Mittwoch, 29.03.2017,
um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe in
Bingen-Bingerbrück**

Anwesend: Bürgermeister Thorn, Karl, Vorsitzender

Die Beigeordneten: Heinz, Walter
Gundlach, Thomas

Die Mitglieder des Rates: Baldy, Daniel
Bell, Marika
Berres, Jörg
Conrad, Friedhelm
Dietz, Jürgen
Eckes, Marcel
Fahl, Dietmar
Fichter, Gerhard
Gundlach, Thomas
Dr. Hanke, Gerhard
Harras-Link, Eva
Heusler, Hanni
Dr. Hoffmann, Jens
Huber, Gerhard
Kaska, Uwe
Klein, Heiko
Kochskämper, Dieter
Lamoth, Miriam
Leinberger, Gerhard
Leufen-Verkoyen, Georg
Maschtschenko, Marina
Reichert, Stefan
Schmitt, Adam J.
Schmitt, Helmut
Seibert, Dirk
Stiehl, Dieter
Straßburger, Werner
Zimmermann, Arnold

Tagesordnung:

1. Mitteilungen der Verwaltung

- Die Umbaumaßnahmen im Eingangsbereich des Rathauses der Verbandsgemeindeverwaltung Rhein-Nahe haben am 27.03.2017 begonnen. Die Kosten der Sanierung belaufen sich auf ca. 75.000,- Euro.
- Die aktuelle Zahl der Asylbewerber beläuft sich 52 Personen. Die Zuweisungsquote beträgt insgesamt 78 Personen, von denen bis zum 29.03.2017 5 Personen zugewiesen worden waren.
- Der neue, mögliche Verteilungsmodus der Integrationspauschale des Bundes wird in der Ortsbürgermeisterdienstbesprechung am 04.04.2017 beraten.

2. Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Hauptsatzung der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe; Aufwandsentschädigung für Feuerwehrangehörige

Den Ratsmitgliedern lag hierzu eine Beschlussvorlage vor. Der Hauptausschuss hatte die Annahme der Änderung der Hauptsatzung mit einigen Änderungen vorgeschlagen. Von Seiten des Rates wurde noch Beratungsbedarf gesehen, so dass die Beschlussfassung zurückgestellt wurde. Die Verwaltung wurde beauftragt, die Angelegenheit nochmals mit der Wehrleitung zu erörtern.

3. Beratung und Beschlussfassung über die Annahme von Spenden

Herr Horst Muth aus Münster-Sarmsheim hat die Flüchtlingsinitiative Wims in Münster-Sarmsheim mit einem Betrag von 300,- Euro unterstützt.

Herr Werner Gerhard aus Appenheim hat die Feuerwehr Breitscheid mit einem Betrag von 150,- Euro unterstützt.

Die Annahme der Spenden wurde vom Verbandsgemeinderat einstimmig beschlossen.

4. Sachstandsinformation über die Änderung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe, Teilfortschreibung Windenergie (Bereich Kandrich / Ohligsberg)

Bürgermeister Thorn gab zunächst einen chronologischen Rückblick über das bisher Geschehene. Dr. Darzet vom Rechtsanwaltsbüro Kunz Rechtsanwälte, Koblenz, wurde als Rechtsbeistand zu dem Verfahren hinzugezogen. Die Kosten für den Rechtsanwalt sowie das weitere Verfahren werden vom Vorhabenträger übernommen. In einer Stellungnahme erklärte Dr. Darzet, dass aus seiner Sicht der beabsichtigten Flächennutzungsplanänderung keine im LEP IV Rheinland-Pfalz und im regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe bestimmten Raumordnungsziele entgegenstehen, so dass für die Verbandsgemeinde Rhein-Nahe kein Planungsverbot gem. § 1 Abs. 4 BauGB folgt. Die in vorgenannten Plänen festgelegten raumordnerischen Grundsätze wie auch die bereits eingeholte Landesplanerische Stellungnahme haben für die Verbandsgemeinde im Flächennutzungsplanänderungsverfahren zutreffenden Abwägungsentscheidungen Relevanz. Hierin ist derzeit kein nicht zu überwindendes Planungshindernis erkennbar. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass das Verfahren weitergeführt wird. Die Unterlagen werden zusammengestellt, so dass der Beschluss über das Verfahren nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB in Kürze gefasst werden kann.

**5. Änderung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe im Gemarkungsbereich „An der Kornstruth“ der Stadt Bacharach, Ortsteil Steeg, zur Ausweisung einer Fläche für Anlagen zur Versorgung mit Elektrizität;
Beratung und Beschlussfassung über die Durchführung des Änderungsverfahrens – Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) bei gleichzeitiger Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB**

Den Ratsmitgliedern lag hierzu eine Beschlussvorlage vor. Für die Einleitung des förmlichen Verfahrens zur Änderung des Flächennutzungsplanes beschloss der Verbandsgemeinderat einstimmig, auf der Grundlage des vom Planungsbüro Jestaedt und Partner erarbeiteten Planentwurfs und des Vorentwurfs der Begründung mit integrierter Prüfung gem. § 2 a BauGB nebst Anlagen, die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB durch eine 3wöchige Auslegung der vorgenannten Unterlagen bei der Verbandsgemeindeverwaltung Rhein-Nahe und bei der Stadt Bacharach bei gleichzeitiger Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

6. Information über die gemeinsame Ältestenratssitzung der Verbandsgemeinden Stromberg und Rhein-Nahe

Auf Anfrage von Bürgermeisterin Denker von der Verbandsgemeinde Stromberg fanden Gespräche mit der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe statt. Vorrangig bleibt festzustellen, dass bei der Verbandsgemeinde Stromberg der Fusionsbedarf innerhalb der Kreisgrenzen besteht und nicht bei der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe. Von Seiten der Verbandsgemeinde Stromberg wurden daher auch Gespräche mit der Verbandsgemeinde Langenlonsheim geführt. Da die Gremien der Verbandsgemeinde Stromberg eine Gesamtübernahme der Verbandsgemeinde Stromberg anstreben, die Verbandsgemeinde Langenlonsheim aber nur bereit ist, einige Teile (z.B. die Ortsgemeinde Waldlaubersheim) zu übernehmen, sind die Gespräche bislang gescheitert. Daher wurden von Seiten der Verbandsgemeinde Stromberg Gespräche mit den Verbandsgemeinden Rheinböllen und Rhein-Nahe geführt. Als erstes fanden Gespräche zwischen den Bürgermeistern und den Büroleitern statt, dem eine Sitzung der beiden Ältestenräte am 16.02.2017 folgte.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass beide Ältestenräte übereinstimmend der Meinung waren, eine eventuelle Fusion weiter zu prüfen. Jedoch sind einige Fragen noch vorab zu klären. In der Sitzung des Ältestenrates der VG Rhein-Nahe am 13.03.2017 wurde nochmals vertiefend beraten und offene Fragen definiert.

Der Hauptausschuss hatte sich mit dem Thema in seiner Sitzung am 22.03.2017 beschäftigt. Eine neue Gesprächsrunde der beiden Ältestenräte ist für den 26.04.2017, 18.30 Uhr, bei der Verbandsgemeindeverwaltung Rhein-Nahe vorgesehen.

7. Bericht über die überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe für die Haushaltsjahre 2010 – 2015

Eine Ausfertigung des Prüfungsberichtes war den Fraktionen im Dezember 2016 ausgehändigt worden. Bürgermeister Thorn erläuterte kurz die Einzelfeststellungen des Berichtes und gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe mit Schreiben vom 06.03.2017

der Kommunalaufsicht der Kreisverwaltung Mainz-Bingen übersandt wurde. Die Antwort von dort steht noch aus.

8. Anfragen

Keine

9. Antrag der CDU-Fraktion im Verbandsgemeinderat betreffend BUGA 2031 vom 20.03.2017

Die CDU-Fraktion im Verbandsgemeinderat hat mit Schreiben vom 20.03.2017, eingegangen bei der Verbandsgemeindeverwaltung Rhein-Nahe am 21.03.2017, beantragt, im Verbandsgemeinderat folgenden Beschluss zu fassen:

Beratung und Beschlussfassung über die Einladung von Rainer Zeimentz, Vorstand der Entwicklungsgesellschaft Rheinhessen-Nahe, in den Verbandsgemeinderat Rhein-Nahe bzw. in den zuständigen Ausschuss für die Bundesgartenschau 2031 im Mittelrheintal.

Der Antrag wurde in der Sitzung des Hauptausschusses am 22.03.2017 vorberaten, da der Arbeitskreis Bundesgartenschau 2031 der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe bereits am 05.04.2017 tagt. Herr Zeimentz wurde eingeladen und wird die Sitzung des Arbeitskreises Bundesgartenschau 2031 besuchen und einen entsprechenden Vortrag halten. Der Verbandsgemeinderat stimmte diesem Antrag der CDU-Fraktion einstimmig zu.

10. Beratung und Beschlussfassung zur Beteiligung der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe an der Resolution „Vereinbarkeit Welterbestatus mit Tourismus und erneuerbaren Energien“ im UNESCO Welterbegebiet Mittelrheintal

Den Ratsmitglieder lag hierzu eine Beschlussvorlage der Verwaltung vor. Der Verbandsgemeinderat beschloss mehrheitlich, die gemeinsame Resolution der Ortsgemeinden Niederheimbach, Oberheimbach und Trechtingshausen „Vereinbarkeit Welterbestatus mit Tourismus und erneuerbaren Energien“ im UNESCO Welterbegebiet Mittelrheintal zu unterstützen. Die Unterstützung erfolgt unter dem ausdrücklichen Hinweis, dass durch die in der Resolution angesprochenen Maßnahmen der Welterbestatus für das Mittelrheintal nicht gefährdet werden darf. Der Beschluss erfolgte bei 26 Ja und 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

11. Verschiedenes

- Von Seiten der Kreisverwaltung Mainz-Bingen liegen der Verbandsgemeindeverwaltung noch keinerlei Informationen vor, wie das Betreuungsgeld, welches der Bund plant an die Kommunen zu verteilen, aufgeteilt wird.
- In Bacharach hat sich bereits eine Arbeitsgruppe für die Bundesgartenschau 2031 gebildet. In der nächsten Sitzung des Arbeitskreises Bundesgartenschau 2031 der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe ist die weitere Vorgehensweise dringend zu beraten.

- Die Schulleiterstelle der Grundschule Heilig-Kreuz in Weiler ist zur Zeit vakant. Laut Auskunft der ADD ist eine Ausschreibung erfolgt. Bis dato liegen der Verwaltung keine weiteren Informationen vor.
- Es wurde bemängelt, dass die Verfasser der Vorstudie für die Bundesgartenschau im Mittelrheintal 2031 die Stadt Bacharach zu wenig bedacht haben. Die Stadt Bacharach sei schließlich das Aushängeschild („Die Perle am Mittelrhein“) der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe und müsste auch bei allen Publikationen entsprechend hervorgehoben werden.

12. Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner anwesend.

Ende der Sitzung.